

## 2 Kontextanalyse zum Diskurs über die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder

Wie im Kapitel „Vorgehensweise“ bereits dargelegt, ist kein Diskurs losgelöst von seinem diskursiven Kontext zu betrachten. Entsprechend ist auch der Diskurs über die Haftbedingungen der RAF-Terroristen zunächst in seinen ihm eigenen Kontext zu stellen, um überhaupt verstehen zu können, warum und in welcher Weise in den 1970er Jahren über die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder diskutiert wurde und mit welchen Argumenten die verschiedenen Diskursparteien ihre Ansichten verteidigten.

Maßgeblich für das Verständnis des Diskurses über angebliche oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen der inhaftierten RAF-Terroristen ist das Wissen über die Frage, in welchem Zusammenhang die Begriffe „Menschenwürde“, „Menschenrechte“ und schließlich „Folter“ stehen, wobei vor allem die besondere Problematik des Begriffs „Folter“ und seiner Verwendung im (politischen) Diskurs erläutert werden muss. Dies geschieht in Kapitel 2.1.

Eben diese Problematik des Begriffs „Folter“ macht es weiterhin notwendig aufzuzeigen, wie die Behauptung untermauert wurde, die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder verstießen gegen die Menschenrechte und bildeten somit eine Form von Folter. In Kapitel 2.2 wird daher kritisch auf die Aktivitäten der Deprivationsforschung eingegangen, die die Auswirkungen strenger Isolation auf den Menschen untersuchte und deren Ergebnisse den Anhängern der Folter-These als Beleg für ihre Behauptungen diente.

Das Verständnis für den Diskurs über die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder bliebe jedoch mangelhaft, ohne das Wissen um die rechtlichen Bestimmungen zur Ausgestaltung der Untersuchungshaft<sup>163</sup> (Kapitel 2.3) und ohne das Wissen darüber, wie in den 1970er Jahren über den Strafvollzug von Inhaftierten diskutiert wurde, die in keinem Zusammenhang mit terroristischen Gewalttaten standen (Kapitel 2.4). Gerade der Vergleich der für die RAF-Mitglieder geltenden Haftbedingungen mit den in den 1970er Jahren immer wieder anzutreffenden Vollzugsbedingungen für „normale“ Häftlinge lässt manche Äußerung im Diskurs über angebliche oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen an den RAF-Häftlingen überhaupt erst verständlich erscheinen.

---

<sup>163</sup> Die meisten der gefassten RAF-Mitglieder warteten in den 1970er Jahre zum Teil mehrere Jahre lang in Untersuchungshaft auf den Beginn bzw. den Ausgang ihres Strafprozesses. In Strafhaft saßen in diesem Zeitraum hingegen nur wenige der RAF-Täter. Im Vordergrund dieser Betrachtung steht daher vor allem Ausgestaltung der Untersuchungshaft.

## 2.1 Menschenrechte, Menschenwürde und der problematische Begriff der Folter

Eines der wichtigsten Argumente für die Aussage der RAF, der bundesdeutsche Staat stehe in der faschistoiden Tradition des „Dritten Reiches“, war die Behauptung, die Bundesrepublik verstoße wiederholt gegen die Menschenrechte und gegen das Gebot der Achtung der Menschenwürde. Als „Beweis“ für diese These führten die RAF-Häftlinge die Einzelhaftbedingungen an, denen sie unterworfen waren. Damit seien sie, so die RAF-Terroristen, einer „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“ ausgesetzt, durch die sie „systematisch gequält“<sup>164</sup> würden und physisch und psychisch vernichtet werden sollten. Der Verstoß gegen die Menschenrechte und die Menschenwürde durch die Bundesrepublik Deutschland bestand demnach also in der Anwendung von Folter gegen die RAF-Häftlinge. Aus diesem Grunde riefen die betroffenen RAF-Mitglieder im Verlaufe der Auseinandersetzung um die Haftbedingungen, denen sie unterworfen waren, unter anderem die Europäische Menschenrechtskommission, die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International und das Bundesverfassungsgericht um Hilfe an.

Der Begriff „Folter“ ist jedoch nicht ganz unproblematisch. Zwar scheint die Antwort auf die Frage, was Folter eigentlich sei, leicht zu fallen, ist doch der Begriff der Folter eindeutig – und zwar negativ – besetzt. Tatsächlich aber mühen sich bis heute Juristen wie Menschenrechtler, Historiker wie Politiker, eine allgemein gültige Definition dessen, was unter Folter zu verstehen sei, zu finden. Das grundlegende Problem bei der Verwendung des Begriffs „Folter“ für einen Sachverhalt besteht darin, dass dabei oftmals einem rein moralischen Impuls gefolgt wird. Wenn aber jede Handlung, bei der einem Menschen körperliche oder seelische Schmerzen zugefügt werden, als Folter bezeichnet werden kann, so fielen unter diesen Begriff auch Handlungen wie Vergewaltigung, Prügeleien oder auch Gefängnisstrafen.<sup>165</sup>

Um den Verlauf der Diskussion um die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder verstehen zu können, muss daher zunächst das Verständnis darüber sichergestellt werden, welche Problematik die Verwendung des Begriffs „Folter“ mit sich bringt. Im Folgenden werden allerdings weder alle bisherigen Definitionsversuche nachgezeichnet, noch ist es Ziel dieser Ausführung, eine eigene Definition von „Folter“ aufzustellen. Dieses Kapitel dient vielmehr dazu, die Schwierigkeit zu verdeutlichen, den Begriff „Folter“ eindeutig definitorisch zu fassen und aufzuzeigen, welche Konsequenzen für den Gebrauch des Begriffs „Folter“ im Allgemeinen und in der Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder im Besonderen daraus erwachsen.

Verdeutlicht wird dies an der juristischen Sicht auf den Begriff „Folter“, weil neben der emotionalen Besetzung dieses Begriffs vor allem seine rechtliche Dimension von den RAF-Häftlingen und ihren Verteidigern dazu benutzt wurde, den bundesdeutschen Staat als faschistoid darzustellen. Zudem stellt der Historiker Edward Peters in seinem Werk über

---

<sup>164</sup> Schreiben der Rechtsanwälte CROISSANT, CLAUS und LANG, JÖRG. Zitiert bei: BAKKER SCHUT, PIETER: Stammheim, a. a. O., S. 55.

<sup>165</sup> Vgl.: ZAGOLLA, ROBERT: „Im Namen der Wahrheit. Folter in Deutschland vom Mittelalter bis heute.“ Berlin / Brandenburg 2006, S. 11 ff.

die Geschichte der Folter fest, dass unter allen Definitionsversuchen der rechtliche und damit der staatlich-öffentliche Definitionsversuch den „am längsten gültig gebliebene[n] und verlässlichste[n]“<sup>166</sup> aller Definitionsversuche darstelle.

Als Quellen werden bewusst solche wissenschaftlichen Werke bevorzugt, die in den 1970er oder 1980er Jahren entstanden sind und damit während oder kurz nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die RAF-Haftbedingungen. So kann der damalige Stand der Folterdefinitionsversuche unmittelbar aus zeitgenössischen Quellen rekonstruiert werden, die ihrerseits wiederum möglicherweise vom Diskurs um die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder beeinflusst waren und damit schon einen Einblick in das Menschenrechts- und Rechtsstaatsverständnis der deutschen Bevölkerung der 1970er Jahre geben.

Verschiedenen historischen Quellen von der Antike bis zur Gegenwart ist zu entnehmen, dass die Gewaltanwendung durch eine staatliche Instanz oder aber im Auftrag einer staatlichen Instanz als ein wesentliches Element der Folter betrachtet wird.<sup>167</sup> Damit ist Folter als Gewaltanwendung zu unterscheiden von einer Gewaltanwendung, begangen durch eine Privatperson. Peters verdeutlicht dies an folgendem Beispiel: Ein von einer Privatperson begangenes Tötungsdelikt werde als „Mord“ bezeichnet, der gleiche Akt, begangen durch eine staatliche Instanz, gelte jedoch als „Hinrichtung“.<sup>168</sup>

Peters fasst in seinem Werk über die Geschichte der Folter<sup>169</sup> die Bedeutungsentwicklung des Folterbegriffs dahingehend zusammen, dass der Begriff der Folter zunächst eine rein rechtliche Anwendung fand, die im 17. Jahrhundert einer moralischen Sichtweise wich, um schließlich im 19. Jahrhundert erneut einer Wandlung zu unterliegen und nunmehr gefühlsbetont verwendet werde. Daraus ergebe sich die Problematik, dass der Begriff Folter „heute jede Bedeutung annehmen kann, die man ihm geben möchte, d.h. er ist zu einem moralisch-emotionalen Begriff geworden, der das Leiden (wie immer definiert) meint, das irgendwem aus irgendeinem – oder auch aus gar keinem Grund – zugefügt wird.“<sup>170</sup> Die Mitglieder der RAF konnten diese unreflektierte multivalente Assoziation der Öffentlichkeit mit dem Begriff „Folter“ instrumentalisieren und nahezu jede gegen sie gerichtete Handlung als Foltermaßnahme des Staates darstellen. Dem gegenüber stehen die juristisch handhabbareren Folterdefinitionsversuche des 20. Jahrhunderts, deren Kenntnis Voraussetzung mindestens für die staatliche Argumentationsweise im Diskurs um RAF-Haftbedingungen ist.

Versuche, eindeutig zu bestimmen, was unter „Folter“ zu verstehen sei, hatte es seit jeher gegeben. Während jedoch besonders in der Antike, aber auch im Mittelalter und teilweise noch in der frühen Neuzeit Folter in erster Linie in bestimmten Fällen als legitimes Mittel im Umgang des Staates mit Gefangenen galt, ist vor allem das 20. Jahrhundert von dem Versuch geprägt, die Folter national und international zu ächten. Gerade diese Versuche,

<sup>166</sup> PETERS, EDWARD: „Folter. Geschichte der peinlichen Befragung.“ Hamburg 2003, S. 23.

<sup>167</sup> Vgl.: PETERS, EDWARD: „Folter“. a. a. O., S. 21 ff.

<sup>168</sup> Vgl.: PETERS, EDWARD: „Folter“. a. a. O., S. 23, vgl. ähnlich auch: ZAGOLLA, ROBERT: „Im Namen der Wahrheit.“ a. a. O., S. 12.

<sup>169</sup> Vgl.: PETERS, EDWARD: „Folter.“ a. a. O., S. 23.

<sup>170</sup> PETERS, EDWARD: „Folter“. a. a. O., S. 23.

die Folter auch gesetzlich zu brandmarken, machten eine genauere Definition dessen, was unter Folter zu verstehen sei, notwendig.<sup>171</sup> Im Folgenden werden die wichtigsten Folterdefinitionsversuche des zwanzigsten Jahrhunderts und somit die Entwicklung des Folterbegriffs chronologisch dargestellt. Es sind dies die „Charta der Vereinten Nationen“ von 1945, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen von 1948, die „Europäische Menschenrechtskommission“ von 1950, der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ von 1966 sowie die UN-Resolution 3452 (XXX) vom 09. Dezember 1975.

Den Anfang der internationalen Ächtungsversuche macht Kapitel IX, Artikel 55 c der Charta der Vereinten Nationen, die 1945 nach den Erfahrungen insbesondere mit den faschistischen Diktaturen in Europa verabschiedet worden war. In der UN-Charta Kapitel IX, Artikel 55 c wird die „allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“<sup>172</sup> festgeschrieben. „Aus der Charta ist allerdings nicht ersichtlich, was unter Menschenrechten genau zu verstehen ist. Die Bestimmungen der Charta sind allgemein, unbestimmt und konkretisierungsbedürftig“<sup>173</sup>, so Markus Raess. Dennoch ermöglichte erst die Forderung nach der Achtung der Menschenrechte die ausdrückliche Festschreibung des Folterverbots auch in grundlegenden völkerrechtlichen Verträgen, weil sich die Achtung der Menschenrechte und Folter gegenseitig ausschließen. Aus dem gleichen Grunde ist das Folterverbot auch dem bundesdeutschen Grundgesetz immanent, das zwar den Begriff „Folter“ an keiner Stelle explizit nennt, jedoch bereits in Artikel 1 die Würde des Menschen für unantastbar erklärt und den Staat zum aktiven Schutz der Menschenwürde aufruft. Ebenso, wie sich die Achtung der Menschenrechte und die Anwendung von Folter ausschließen, schließen sich auch die Achtung der Würde des Menschen und die Anwendung von Folter aus.<sup>174</sup>

---

<sup>171</sup> Solche Ächtungen hatte es in der Vergangenheit bereits häufiger gegeben, doch relevant für die Frage, in welchem Verhältnis die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder zu Menschenrechten, Menschenwürde und Folter stehen, sind lediglich die Definitionsversuche des 20. Jahrhunderts.

<sup>172</sup> Kapitel IX, Artikel 55 c der UN-Charta, <http://www.unric.org/de/charta>, (abgerufen am 25. März 2011)

<sup>173</sup> RAESS, MARKUS: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich 1989, S. 51

<sup>174</sup> Vgl.: POLZIN, JAN PATRICK: „Strafrechtliche Rechtfertigung der ‚Rettungsfolter‘? Eine Analyse der deutschen Rechtslage unter Berücksichtigung internationaler Normen und Entwicklungen“, Hamburg 2008, S.62. Nach vorherrschender Meinung kann die Achtung der menschlichen Würde, die das Bundesverfassungsgericht als obersten Wert des Grundgesetzes kennzeichnete, gegen kein anderes Rechtsgut abgewogen werden. Aufgrund dieser Unabwägbarkeit der Menschenwürde stellt jede Verletzung derselben einen Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes dar. Polzin stellt daher fest, dass durch eine Gewalthandlung gegenüber einem Häftling mit dem Ziel, eine Aussage zu erpressen, der Häftling für eine Informationsgewinnung instrumentalisiert werde. Das aber verletze die Würde des Häftlings. „Folglich stellen Folterhandlungen grundsätzlich einen Verstoß gegen Art. 1 GG. dar.“ (POLZIN, JAN PATRICK, a. a. O., S. 62). Vgl. hierzu ferner: HUBER; STEFAN: „Die Problematik der Unabwägbarkeit der Menschenwürde – Die Perspektive des Rechts“, in: PEILERT, ANDREAS; SCHIWEK, WERNER (Hrsg.): Die Entwicklung der Polizei seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – Organisatorische, rechtliche und ethische Aspekte“, Münster 2007.

So heißt es in Artikel 5 der 1948 verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“<sup>175</sup>

Diese Formulierung griff 1950 die Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR) für ihre Formulierung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wieder auf. Eine weitergehende Präzisierung dessen, was unter „Folter“ beziehungsweise „unmenschlicher oder erniedrigender Strafe“ zu verstehen sei, wird jedoch weder in der UN-Menschenrechtserklärung noch in der Europäischen Menschenrechtskonvention vorgenommen. Dabei hatte es solche Bestrebungen während der Beratungen zur Europäischen Menschenrechtskonvention durchaus gegeben, sie wurden aber mit dem Artikel 3 zugunsten einer nahezu wörtlichen Übernahme des Artikels 5 der universellen Deklaration der Menschenrechte der UN von 1948 nicht weiter verfolgt. Konstantin Stavropoulos legt jedoch in seiner Dissertation aus dem Jahre 1976 über den Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention dar, dass diese Konvention einen großen Fortschritt in der Geschichte der Menschenrechte bedeutete, weil die in ihrem Rahmen entwickelte Praxis erstmalig zu einem effektiven Schutz der Menschenrechte auf regionaler Ebene geführt habe – eine Leistung, die der UNO bis dahin versagt geblieben sei.<sup>176</sup> Noch im Jahr 2009 konnte sich Hannes Tretter in gleicher Weise äußern und ausführen, dass das „Besondere und bisher weltweit Einzigartige der EMRK“<sup>177</sup> darin zu sehen sei, dass die Einhaltung der in der EMRK festgeschriebenen Rechte auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einklagbar seien – und somit auch kontrolliert werden können müssen.

Dies geschieht auf Basis des Artikels 34 der EMRK, der festschreibt, dass „von jeder natürlichen Person, nichtstaatlichen Organisation oder Personengruppe, die behauptet, durch eine der (...) Vertragsparteien in einem der in [der EMRK] anerkannten Rechte verletzt zu sein“<sup>178</sup>, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage eingereicht werden könne.

Um den Wahrheitsgehalt dieser Klage jedoch verifizieren oder falsifizieren zu können, musste die Europäische Kommission für Menschenrechte in die Lage versetzt werden, die Klagen zu überprüfen. Dafür musste zwangsläufig ein brauchbares Instrumentarium geschaffen werden, um entscheiden zu können, wann einem Staat der schwerwiegende Foltervorwurf gemacht werden konnte und wann nicht. Die Folge war ein durch die Praxis geprägter Folter-Begriff.

---

<sup>175</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Resolution 217 A (III) der UN-Generalversammlung vom 10. Dezember 1948, Artikel 5.

<sup>176</sup> STAVROPOULOS, KONSTANTIN: Das Verbot der Folter und der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe im gegenwärtigen Völkerrecht; insbesondere nach Art. 3 der Europäischen Menschenrechts-Konvention, Heidelberg 1976, S. 69 f.. So auch RAESS, MARKUS: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, a. a. O., S. 62.

<sup>177</sup> TRETTER, HANNES: „Menschenrechte in Europa.“ (09. Oktober 2009), [www.bpb.de: http://www.bpb.de/themen/CVJFK1,0,0](http://www.bpb.de/themen/CVJFK1,0,0) (abgerufen am 25. Oktober 2011).

<sup>178</sup> Artikel 34 EMRK

Stavropoulos beschreibt dies in seiner Dissertation anhand einiger Kommissionsprotokolle. So gibt ein solcher Bericht z. B. wieder, dass die untersuchende Kommission unter Folter einen Eingriff in die körperliche oder psychische Sphäre eines Menschen verstand. Bei den Befragungen wurde auch untersucht, ob die Gewaltanwendungen, seien sie physisch oder psychisch, wiederholt Anwendung fanden. Stavropoulos zieht daraus den Schluss, dass Schmerzen über längere Zeiträume oder in wiederkehrender Form zugefügt werden müssen, ehe diese Gewaltanwendung im Sinne der Kommission als Folter bezeichnet werden kann.<sup>179</sup> Spontan-situativ auftretende Gewalt – auch wenn Sie durch ein Organ des Staates ausgeführt wird – kann demnach nicht als „Folter“ bezeichnet werden.

Daneben spielte in der Kommissionspraxis auch die Frage eine Rolle, ob die Gewaltanwendung von Behörden ausging oder in deren Auftrag angewandt wurde und ob dies mit einem bestimmten Ziel geschah.<sup>180</sup> Das Kriterium „Zielgerichtetheit“ findet sich auch in einem EMRK-Protokoll über einen Fall in Nordirland aus den 1970er Jahren. Dort wird von den EMRK-Organen unter Folter die „vorbedachte [sic] unmenschliche Behandlung, die sehr ernstes und grausames Leiden hervorruft“<sup>181</sup> verstanden.

Für die vorliegende Untersuchung ist auch eine weitere Stelle eines solchen Kommissionsberichts über einen Fall in Griechenland Ende der 1960er Jahre beachtenswert. Die Kommission nimmt dort wie folgt Stellung: „Eine lange dauernde Isolierung der in Haft befindlichen Personen (...), der psychologische Druck, der dazu bestimmt ist, den Willen des Opfers zu brechen und absichtliche oder unnötige Verursachung von emotionellen Leiden an seiner Familie sind gemäß Art. 3 der Menschenrechts-Konvention alle verboten.“<sup>182</sup>

Spätestens mit dieser Formulierung wird auch die psychische Gewaltanwendung in den Folter-Definitionsversuchen berücksichtigt. Genau diese „lange dauernde Isolierung“ war zudem das Hauptargument der RAF und ihrer Anwälte dafür, dass die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen eine Form von Folter seien.

Aus den Protokollen der EMRK-Kontrollkommission ergibt sich, dass folgende Kriterien für die Verwendung des Begriffs „Folter“ genannt werden können:

- Die Gewalttat wird durch staatliche Behörden oder in deren Namen verübt,
- dem Opfer werden physische und/oder psychische Qualen zugefügt und zwar über einen längeren Zeitraum hinweg.
- Außerdem muss die Gewaltanwendung zielgerichtet erfolgen, etwa um eine Aussage zu erpressen, aber auch, um großes emotionales Leid zu verursachen oder den Willen des Opfers zu brechen.

<sup>179</sup> Vgl. STAVROPOULOS, KONSTANTIN: Das Verbot der Folter, a. a. O., S. 80 f.

<sup>180</sup> Vgl. STAVROPOULOS, KONSTANTIN: Das Verbot der Folter, a. a. O., S. 80 f.

<sup>181</sup> KÄLIN, WALTER unter Bezugnahme auf die Formulierung im Nordirlandfall, zitiert bei: RAESS, MARKUS: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, a. a. O., S. 62.

<sup>182</sup> Aus dem Kommissionsbericht „Greek Case“, Vol. II, 11 (1), S. 371 der Europäischen Menschenrechtskonvention, zitiert bei: STAVROPOULOS, KONSTANTIN, Das Verbot der Folter, a. a. O., S. 90.

Obwohl sich aus der praktischen Tätigkeit der EMRK-Kontrollkommission solche konkreten Kriterien für eine Präzisierung des Folterbegriffs ableiten ließen, fanden diese praktischen Erfahrungen z. B. aus Nordirland und Griechenland jedoch zunächst noch keinen Eingang in geschriebenes Gesetz.

Im Rahmen der weiteren Sicherung der Menschenrechte durch die UN erfolgte im Jahr 1966 der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ – auch UN-Zivilpakt genannt – der in Artikel 7 ebenfalls lediglich festhält, dass niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden dürfe. Insbesondere dürfe niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden. Zwar hatte sich damit in der Formulierung zur Ächtung der Folter kaum etwas verändert, doch die Bedeutung des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ liegt vor allem darin, dass mit ihm erstmals das Folterverbot auch für Friedenszeiten völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben wurde. Zudem ist das Folterverbot notstandsfest, das heißt, es kann auch bei Ausrufung des öffentlichen Notstandes nicht außer Kraft gesetzt werden.<sup>183</sup> Die Tatsache, dass diese Bestimmungen auf völkerrechtlicher Ebene beschlossen wurden zeigt, welch hohen Stellenwert das Verbot der Folter in Kriegs- und Friedenszeiten international mittlerweile erlangt hatte. Umso öffentlichkeitswirksamer musste der Foltervorwurf der RAF-Häftlinge gegen die Bundesrepublik Deutschland ausfallen, die den Pakt im Jahre 1973 ebenfalls ratifizierte und sich damit zumindest öffentlich hinter das Folterverbot gestellt hatte.

Die 1970er Jahre waren von dem Bemühen geprägt, eine Präzisierung des nach wie vor unscharfen Folterbegriffs zu erreichen. Sebastian Scheerer sieht als eine Ursache für diesen erneuten Versuch den Folterbegriff eindeutiger zu bestimmen, unter anderem die Anwendung neuer Techniken bei der Gefügigmachung von Gefangenen.<sup>184</sup> Gemeint sind damit vor allem solche Techniken, die zwar keinerlei körperliche Spuren an den Gefangenen hinterlassen, diese aber unter so großen psychologischen Stress setzen, dass die Ziele von Folter (z. B. die Erzwingungen von Aussagen) dennoch erreicht werden. Solche Techniken sind daher auch unter dem Begriff „weiße Folter“ oder auch „saubere Folter“ bekannt. Genau solche Praktiken glaubten die RAF-Häftlinge in der ihnen auferlegten strengen Einzelhaft zu erkennen, die sie daher nur als „Isolationsfolter“ bezeichneten.

Das Nachdenken über eine Präzisierung des Folterbegriffs schlug sich im Jahr 1975 international schließlich auch in geschriebenem Recht nieder. So fiel in der UN-Resolution 3452 (XXX) vom 09. Dezember 1975<sup>185</sup> die Auslegung des Begriffs „Folter“ wesentlich differenzierter aus, als dies bisher der Fall gewesen war. Unter Folter war demnach eine Handlung zu verstehen, „durch die einer Person von einem Träger staatlicher Gewalt oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erzwingen, sie für eine tatsächliche oder mutmaßlich von ihr begangene

---

<sup>183</sup> Vgl. RAESS, MARKUS: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, a. a. O., S. 57 f.

<sup>184</sup> Vgl. SCHERER, SEBASTIAN: „Folter ist kein Revolutionärer Kampfbegriff“, a. a. O., S. 210.

<sup>185</sup> Vgl. dazu auch RAESS, MARKUS: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, a. a. O., S. 40



Tat zu bestrafen oder sie oder andere Personen einzuschüchtern.<sup>186</sup> Beachtenswert an dieser Definition ist, dass nun auch die Zufügung geistig-seelischer Schmerzen als Folter galten und dass auch die Gewaltanwendung mit dem Ziel der Strafe als Folter definiert wurde.

Zu beachten ist allerdings auch, dass die UN zwischen Folter einerseits und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe andererseits unterschied. Unter Folter sei dabei die verschärfte Form dieser absichtlichen, grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe zu verstehen.<sup>187</sup> Wo genau die Grenze zwischen diesen Gewaltformen verlaufen sollte, machte die UN jedoch nicht klar. Immerhin äußerte sich die UN jedoch ausdrücklich zur Frage der Haftausgestaltung. Nicht unter den Begriff „Folter“ fielen nämlich laut UN-Resolution „Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich in einem mit den Mindestbestimmungen über die Behandlung von Strafgefangenen zu vereinbarenden Maß aus gesetzlich zulässigen Zwangsmaßnahmen ergeben, diesen anhaften oder als deren Nebenwirkung auftreten.“<sup>188</sup> Damit können also nicht Schmerzen oder Leiden, die durch eine alltägliche Haftsituation hervorgerufen werden, als Folter bezeichnet werden. Unter welchen Voraussetzungen Schmerz und Leid in der Haft als Folter bezeichnet werden können oder müssen, bleibt erneut vage und unsicher, ist doch die Beurteilung dessen, was unter „starken“ körperlichen oder seelischen Schmerzen zu verstehen ist, eine sehr subjektive Wahrnehmung.<sup>189</sup>

Damit wird eine weitere Schwierigkeit hinsichtlich des Folttervorwurfs der RAF deutlich: Nicht nur, dass der Folterbegriff an sich bereits hoch emotional besetzt und definitorisch schwer fassbar ist, auch die Behauptung, seelische Qualen zu erleiden ist stark von der psychischen Konstitution des Einzelnen abhängig und lässt sich zudem kaum widerlegen. Ein Staat, dem man die Anwendung „weißer Folter“ vorwirft, wird also wegen der genannten Probleme kaum in der Lage sein, sich zweifelsfrei von diesem Vorwurf reinzuwaschen.

Im Falle der durch die RAF-Häftlinge behaupteten „Isolationsfolter“ tritt die Tatsache hinzu, dass Menschen insbesondere auf soziale Isolation ausgesprochen unterschiedlich reagieren können.<sup>190</sup> Der Folttervorwurf der RAF-Häftlinge war also durch den Staat gleich in mehrfacher Hinsicht nur schwer zu widerlegen.

<sup>186</sup> UN-RESOLUTION 3452 (XXX) vom 09. Dezember 1975, zitiert bei: SCHERER, SEBASTIAN: „Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff“, a. a. O., S. 210 f.

<sup>187</sup> Vgl. UN Erklärung gegen die Folter, Art. 1 Abs. 2, in: DEVRIES, UTA: Amnesty International gegen Folter, eine kritische Bilanz, Frankfurt am Main 1998, S. 58.

<sup>188</sup> UN-RESOLUTION 3452 (XXX) vom 09. Dezember 1975, zitiert bei: SCHERER, SEBASTIAN: „Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff“, a. a. O., S. 210 f. Auf eben jene Ausnahmeregelung legten insbesondere die islamischen Länder bei der Formulierung der Antifolterkonvention der UN vom 10. Dezember 1984 wert. Diese Antifolterkonvention, sonst der UN-Resolution 3452 (XXX) sehr ähnlich, verzichtet zudem auf eine Differenzierung zwischen Folter und sonstiger grausamer, unmenschlicher oder auch erniedrigender Behandlung von Menschen. (Vgl.: SCHEERER, SEBASTIAN: „Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff“, a. a. O., S. 211).

<sup>189</sup> Schon Ulpian hatte ja darauf hingewiesen, dass die Leidensfähigkeit und der Leidenswille der Menschen höchst unterschiedlich ausfalle. (Vgl. ZAGOLLA, ROBERT: Im Namen der Wahrheit, a. a. O., S. 23 f. Vergleiche dazu ferner Kapitel 2.2 „Sonderforschungsbereich SFB 115 und die Deprivationsforschung – die Grundlage des Folttervorwurfs“ dieser Arbeit.

<sup>190</sup> Wie unterschiedlich Menschen gerade auf Isolierung reagieren, zeigt Kapitel 2.2: „Sonderforschungsbereich SFB 115 und die Deprivationsforschung – die Grundlage des Folttervorwurfs“.



Dennoch war es sicher richtig und notwendig, auch das Zufügen geistig-seelischer Schmerzen als Folterhandlung zu qualifizieren. Denn es ist unabweisbar, dass tatsächlich Fälle denkbar sind, in denen keine unmittelbare körperliche Gewalt angewandt wird, in denen der seiner Freiheit beraubte Mensch aber dennoch schwere Schäden erleiden kann.<sup>191</sup> Uta Devries präzisiert das Problem in ihrer Dissertation mit den Worten: „Wird als Ziel des Folterers die – zu welchem Zweck auch immer intendierte – Brechung der Persönlichkeit angenommen und ist das Ziel mit mehreren Mitteln zu erreichen, darf ein Mittel unter mehreren – nämlich Schmerz – nicht allein als wesentlich angeführt werden.“<sup>192</sup>

Auch verschiedene aktuelle Forschungen zur Folterproblematik führen ausdrücklich neben der physischen Folter zusätzlich die psychische Folter<sup>193</sup> auf. Jan Patrick Polzin benennt als solche psychischen Foltermethoden Deprivationstechniken, Herbeiführung von Angstzuständen und die Zerstörung der Persönlichkeit. Polzin betont jedoch ausdrücklich, dass diese Methoden Folter darstellen *könnten*, jedoch nicht *müssten*. Dies hänge entscheidend von den konkreten Folgen in jedem Einzelfall ab.<sup>194</sup>

Deutlich wird also, dass eine allgemein anerkannte und gültige Definition dessen, was unter Folter zu verstehen ist, bis heute nicht stattgefunden hat. Daraus ergeben sich bestimmte Probleme, sobald der Begriff „Folter“ in eine Debatte eingeführt wird. Wenn nämlich nicht von einer einheitlichen und präzisen Verwendung des Begriffs „Folter“ ausgegangen werden kann, so ist es jedem selbst überlassen, wie er den negativ besetzten Begriff der „Folter“ inhaltlich füllt. Der Folterbegriff wäre dann so weit fassbar, dass sich beispielsweise schon die Haftsituation als solche, in der sich jeder Häftling weltweit befindet, als ein Angriff auf die menschliche Würde darstellen ließe. Pointiert gesagt ist der Begriff „Folter“ dazu geeignet, in einer Debatte als „moralische Keule“ missbraucht zu werden.

Dass dies keine theoretischen Gedankenspiele sind, zeigt das Beispiel der RAF und ihrer Anwälte: Diese vereinnahmten schon früh sämtliche Häftlinge für die eigenen ideologischen Interessen und stellten jedwede Form der Gefängnishaft als eine Form von Folter dar. Die geistigen Grundlagen dieser Ideologie reichen bis in die Zeit Ende der 1960er Jahre zurück. So stellt Heinz Müller-Dietz in seinem Aufsatz „Strafvollzug und Gesellschaft“ schon 1970 fest, dass es ein grundlegender Gedanke der Neuen Linken seit 1968 gewesen

---

<sup>191</sup> Zu denken wäre hier beispielsweise an das sogenannte „Waterboarding“, bei dem dem Gefangenen durch mehrmaliges Untertauchen unter Wasser der Tod durch Ertrinken suggeriert wird. Auch die bloße Androhung von Folter kann beim Gefangenen bereits psychische Schäden hinterlassen. Vergleiche hierzu etwa auch den Fall des entführten Bankierssohnes Jakob von Metzler. Seinerzeit hatte der zuständige Polizei-Vizepräsident Daschner dem Entführer mit Folter drohen lassen, sollte er den Aufenthaltsort des entführten Kindes nicht preisgeben. (Vgl.: N.N.: „Der Fall Metzler – Gäfgen – Daschner“, <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,305227,00.html>, abgerufen am 02. Oktober 2011)

<sup>192</sup> DEVRIES, UTA: Amnesty International gegen Folter, a. a. O., S. 55.

<sup>193</sup> So z. B.: POLZIN, JAN PATRICK: „Strafrechtliche Rechtfertigung der ‚Rettungsfolter‘? Eine Analyse der deutschen Rechtslage unter Berücksichtigung internationaler Normen und Entwicklungen“, Hamburg 2008, S. 19 – 23 sowie ADAM, CHRISTIAN: „Gefahrenabwehrungsfolter und Menschenwürde im Lichte des Unabwägbarkeitsdogmas des Art. 1 Abs 1 GG.“, Frankfurt a. M. e.a. 2008, S. 42 f.

<sup>194</sup> Vgl.: POLZIN, JAN PATRICK: „Strafrechtliche Rechtfertigung der ‚Rettungsfolter‘?“ a. a. O., S. 19 ff.

sei, Freiheitsstrafe als irrationale Herrschaft von Menschen über Menschen zu betrachten.<sup>195</sup> Daraus folgere die Neue Linke weiter, dass die Insassen der Haftanstalten eine unterdrückte und entrechtete Gruppe und zudem Opfer der Gesellschaftsverhältnisse seien, die es in die weltweite Befreiungsbewegung einzubeziehen gelte. Dieser Ansatz lasse sich auch bei den Denkern der Frankfurter Schule<sup>196</sup> wiederfinden, die das Denken der Neuen Linken maßgeblich beeinflussten. So interpretiert Müller-Dietz Herbert Marcuses Aufsatz „Versuch über die Befreiung“ von 1969 als „Aufruf zur Gewaltanwendung“<sup>197</sup>. Nach Marcuse sei nicht mehr die normwidrige Auflehnung gegen die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse kriminell, sondern vielmehr deren Aufrechterhaltung<sup>198</sup>, mithin auch die Institution der Haftanstalt, die dazu diene, die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Genau diese Gedankengänge finden sich dann auch in der Aussage von RAF-Verteidigern wie Klaus Eschen, Jörg Lang und anderen aus dem Kursbuch 32 aus dem Jahre 1973 wieder. Dort heißt es: „Das Prinzip eines jeden Gefängnisses [sic!] ist die Isolation der Gefangenen. (...) Darin, dass sie alle durch Untersuchungsrichter, durch Haftrichter oder durch ein verurteilendes Gericht selektiert wurden und hinter Mauern sitzen (...) und darin, dass sie alle gemeinsam von der Foldersituation der Gefangenschaft betroffen sind, zeigt sich die Einheit aller Gefangenen in den Untersuchungs- und Strafgefängnissen.“<sup>199</sup> Erkennbar greifen die RAF-Anwälte damit nur eine bereits deutlich früher formulierte These wieder auf.

In den Quellen finden sich weitere Belege für diese Sicht der RAF-Mitglieder und ihrer Unterstützer. So heißt es in einem vermutlich von Ulrike Meinhof verfassten Schreiben aus dem Gefängnis vom Juli 1973, der Hungerstreik in der JVA Bruchsal richte sich gegen die Unterdrückung der vitalen Lebensinteressen und gegen den Versuch der Verwaltungsbürokratie, die Existenz der Gefängnisinsassen „auf die fressende / schießende und schlafende / arbeitende Existenz von Kulis zu reduzieren.“<sup>200</sup> Was sich über die rein biologischen Funktionen hinaus in jedem Menschen rege, werde in den „Straf- und sonstigen Zwangsanstalten der BRD mit brutaler, nackter und im Zweifelsfall völlig hemmungsloser Gewalt unterdrückt.“<sup>201</sup> Weiter heißt es dort, auch der Resozialisierungsgedanke, wie er sich in der Reform des Strafvollzugsgesetzes widerspiegle, verfolge lediglich die Absicht, die Gefängnisinsassen in die „Kriminalität produzierende Gesellschaft“<sup>202</sup> zu integrieren und bedeute nichts

<sup>195</sup> Vgl. hierzu und für das Folgende: MÜLLER-DIETZ, HEINZ: Strafvollzug und Gesellschaft, a. a. O., S. 32 ff.

<sup>196</sup> Dazu zählen u.a. Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Jürgen Habermas.

<sup>197</sup> MÜLLER-DIETZ, HEINZ: Strafvollzug und Gesellschaft, a. a. O., S. 35.

<sup>198</sup> Vgl. hierzu auch: MARCUSE, HERBERT: Versuch über die Befreiung, Frankfurt a.M. 1969, S. 109

<sup>199</sup> ESCHEN, KLAUS, e. a.: Dokumentation zur Lage der Politischen Gefangenen zusammengestellt von Verteidigern in Politischen Strafsachen. In: ENZENSBERGER, HANS MAGNUS / MICHEL, KARL MARKUS (Hrsg.): Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen. Berlin 1973, S. 11.

<sup>200</sup> Knast Info I – III vom Juli 1973, in: HIS: Me.U /010,005.

<sup>201</sup> Knast Info I – III vom Juli 1973, in: HIS: Me.U /010,005.

<sup>202</sup> Knast Info I – III vom Juli 1973, in: HIS: Me.U /010,005.

Die RAF und die Folterdebatte der 1970er Jahre

Riederer, C.

2014, VI, 377 S. 5 Abb., 2 Abb. in Farbe., Hardcover

ISBN: 978-3-658-05932-3